

Hungersnöte in Klima-Krisenherden verdoppelt

Oxfam

Geld für humanitäre Hilfe wäre da, beispielsweise bei fossilen Energiekonzernen

Eine neue Oxfam-Studie führt aus, dass in den zehn am meisten von extremen Wetterereignissen betroffenen Klima Krisenherden mehr als doppelt so viele Menschen mit akutem Hunger kämpfen als noch vor sechs Jahren.

Zugleich würde der Profit, den die fossilen Energiekonzerne innerhalb von weniger als 18 Tagen einnehmen, den gesamten von der UN veranschlagten weltweiten Bedarf an humanitärer Hilfe in diesem Jahr decken.

Die englischsprachige Studie Hunger in a Heating World identifiziert zehn Klima-Krisenherde, die in den letzten zwei Jahrzehnten am häufigsten von extremen Wetterereignissen heimgesucht wurden: Somalia, Haiti, Dschibuti, Kenia, Niger, Afghanistan, Guatemala, Madagaskar, Burkina Faso und Simbabwe.

Heute leiden in den oben genannten Ländern 48 Millionen Menschen unter akutem Hunger, das ist ein Anstieg um 21 Millionen seit 2016. 18 Millionen dieser Menschen sind sogar gefährdet, an Hunger zu sterben.

Extremwetterereignisse haben sich verfünffacht

»Die Klimakrise bringt mehr und mehr extreme Wetterverhältnisse wie Dürren, Wirbelstürme und Flut mit sich – diese haben sich in den letzten 50 Jahren verfünffacht, treten immer öfter auf und fordern immer mehr Todesopfer«, erklärt Gabriela Bucher, Generaldirektorin von Oxfam International.

Somalia kämpft mit der verheerendsten Dürre, die je im Land dokumentiert wurde. Hungersnöte werden in den Bezirken Baidoa und Buurhakaba erwartet, der IPC-Ernährungssicherheitsbericht der UN (<https://bit.ly/3f6bQbZ>) hat am 12. September 2022 die höchste Gefahrenstufe verkündet. Eine Million Menschen wurden durch die Dürre zur Flucht gezwungen. Was die Fähigkeit angeht, mit den Auswirkungen der Klimakrise umzugehen, wird das Land vom Notre Dame Global Adaption Index auf den 172. Platz von 182 Ländern eingestuft.

In Kenia starben durch die Dürre fast 2,5 Millionen Nutztiere. Zudem kämpfen 2,4 Millionen Menschen mit Hunger, inklusive hunderttausender schwer unterernährter Kinder.

In Niger leiden 2,6 Millionen Menschen unter akutem Hunger – eine Steigerung um 767 Prozent im Vergleich zu 2016. Die Getreideproduktion ist um fast 40 Prozent eingebrochen, weil regelmäßige Extremwetterereignisse zusätzlich zu den andauernden Konflikten die Ernte zunehmend erschweren.

In Burkina Faso ist das Ausmaß des Hungers seit 2016 um 1350 Prozent gestiegen. Seit Juni kämpfen über 3,4 Millionen Menschen mit extremer Unterernährung, verursacht durch bewaffnete Konflikte

Welthungerhilfe

Kampf gegen Hunger kommt nicht voran

Kriegerische Auseinandersetzungen, die Klimakrise sowie die Corona-Pandemie haben Fortschritte bei der Hungerbekämpfung zunichte gemacht. Nach dem aktuellen Welthunger-index der Welthungerhilfe erhöhte sich die Zahl der weltweit hungernden Menschen von 811 auf 828 Millionen. Der Ukraine-Krieg sei dabei noch nicht berücksichtigt. Aber seine Auswirkungen auf die weltweite Versorgung mit Nahrungs- und Düngemitteln hätten das Potential, aus einer Krise eine Katastrophe werden zu lassen.

Für den Index erstellte die Welthungerhilfe eine Rangliste von 121 Ländern, basierend auf den Indikatoren Unterernährung, Kindersterblichkeit sowie Auszehrung und Wachstumsverzögerung bei Kindern. Schlusslicht ist das Bürgerkriegsland Jemen. Dort sind über 41 Prozent der Bevölkerung unterernährt.

Welthunger-Index 2022 online: <https://bit.ly/3CUKdwf>

und Verwüstung von Ernte und Agrarflächen.

In Guatemala hat eine extreme Dürre zum Verlust von 80 Prozent der Maisernte beigetragen und Kaffeeplantagen zerstört.

Millionen von Menschen, die bereits unter anhaltenden Konflikten, grassierender Ungleichheit und Wirtschaftskrisen leiden, verlieren nun durch Unwetterkatastrophen, Klima-Extreme und die schleichenden Veränderungen ihre Lebensgrundlagen. Die Zunahme solcher Ereignisse ist so extrem, dass Menschen mit niedrigem Einkommen die Folgen immer weniger abfangen können und schließlich hungern müssen.

Klimakrise + Ungleichheit = Katastrophe

Der durch die Klimakrise angefachte Hunger ist auch Folge globaler Ungleichheit. Die Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden am meisten unter seinen Auswirkungen und haben zugleich die wenigsten Ressourcen, um ihnen zu begegnen. Während die Klima-Krisenherde für lediglich 0,13 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich sind, befinden sie sich im unteren Drittel jener Länder, die am wenigsten auf die Klimakrise vorbereitet sind.

Umgekehrt sind Industrienationen wie die G20, welche 80 Prozent der Weltwirtschaft kontrollieren, zusammen verantwortlich für über drei Viertel des globalen CO₂-Ausstoßes.

Genügend Geld für Hilfe wäre da

Die täglichen Profite der fossilen Energiekonzerne lagen in den vergangenen 50 Jahren im Durchschnitt bei 2,8 Milliarden Dollar. Die Profite von nicht einmal ganz 18 Tagen könnten die 49 Milliarden Dollar decken, die laut der UN gebraucht werden, um den gesamten Bedarf an humanitärer Hilfe im Jahr 2022 zu decken.

Bucher erklärt: „Wir können die Klimakrise nicht bewältigen, solange wir die grundlegenden Ungleichheiten in unseren Ernährungs- und Energiesystemen nicht bewältigen. Die Kosten dafür könnten leicht gedeckt werden, indem umweltverschmutzende Unternehmen stärker besteuert würden. Ein einziges Prozent des durchschnittlichen Jahresprofits der

fossilen Energiekonzerne würde 10 Milliarden Dollar freisetzen. Damit wäre der größte Teil der Finanzierungslücke für den UN-Aufruf zur Ernährungssicherung geschlossen.“

An die UN-Generalversammlung gerichtet und mit Blick auf die Climate Change Conference (UNFCCC COP 27) in Sharm El-Sheikh, Ägypten, ruft Oxfam die Staats- und Regierungschefs dringend zum Handeln auf:

- Lebensrettende Hilfe bereitzustellen, um der unmittelbaren Hungerkrise in diesen Klima-Hotspots abzuweichen.
- Angemessene Klima- und Vorfeldfinanzierung zu gewährleisten, um den betroffenen Menschen zu helfen, sich anzupassen, sich auf die bevorstehende Katastrophe vorzubereiten und mit ihr fertig zu werden.
- Entschädigung der am stärksten betroffenen Länder für das, was sie durch die Klimakrise bereits verloren haben.

- Verringerung der künftigen Klimaauswirkungen durch Vorlage realistischer Klimapläne, die die Emissionen reduzieren, um die Erwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen.

Die englischsprachige OXFAM-Studie "Hunger in a Heating World" findet sich auf: <https://bit.ly/3BuKtQv>

Presseerklärung des Antidiskriminierungsverbandes SH vom 8. Juli 2022

Zur Ernennung Ferda Atamans als Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung

Ferda Ataman wurde am 07.07.2022 vom Bundestag zur Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung gewählt. Der Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein (advsh) e. V. begrüßt diese Entscheidung und gratuliert Ferda Ataman zu ihrer Ernennung.

Nachdem die Leitungsposition der Antidiskriminierungsstelle des Bundes seit 2018 lediglich kommissarisch geleitet wurde, übernimmt nun Ferda Ataman als Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung die Leitungsposition. Die Politologin und Publizistin hat sich in den vergangenen Jahren mit starker Stimme für mehr Vielfalt in den Medien und eine gleichberechtigte Teilhabe aller eingesetzt. Dabei hat sie den öffentlichen Diskurs in Deutschland über Zugehörigkeit und Rassismus entscheidend mitgeprägt. Ihr Engagement zeigt sich neben der Veröffentlichung zahlreicher Schriften auch durch den von ihr vorangetriebenen Aufbau des Mediendienstes Integration sowie die Gründung eines Beratungsunternehmens für Diversität.

Ataman kündigte in ihrer Antrittsrede an, sich für die im Koalitionsvertrag festgelegte Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie den Ausbau flächendeckender, auch zivilgesellschaftlicher Beratung stark zu machen.

Darauf aufbauend hofft der advsh auf neuen Aufwind in der Antidiskriminierungspolitik des Bundes und eine stärkere Sichtbarkeit des Themas Antidiskriminierung in der deutschen Gesellschaft.

Kontakt und weitere Informationen:

Hanan Kadri
info@advsh.de
0431-640 878 27